

Gegenmittel gegen eine Rohstoffsperrung.

Von
Dr. W. Goetze.*)

Wenn man nach den politischen Mitteln fragt, mit denen man hofft, diesen englischen Wirtschaftskrieg zu durchbrechen, so erhält man meist die ebenso leichte, wie nichtsagende Antwort: „Darüber wird im Friedensvertrage entschieden werden.“ Man schiebt auf diese Weise die Verantwortung für die kommende Wirtschaftslage bequem auf die „Diplomaten“ ab. Nun sollte uns der Frieden mit der Ukraine gezeigt haben, wie wenig wirtschaftliche Versprechungen in einem politischen Friedensvertrag bedeuten, wenn keine Garantie, keine Möglichkeit einer politischen Kontrolle durch den Friedensvertrag gegeben ist. Da wo die Ware wirtschaftlich bereits in festen Händen ist, muß die Kunst des Diplomaten versagen. In Erkenntnis dieser Dinge hat man denn auch weiter das Schlagwort geprägt: „Kriegsschädigung durch Rohstofflieferung.“ Manche meinen sogar, man könne den U-Bootkrieg solange fortbauern lassen, bis die Rohstoffe angeliefert seien. Wer so denkt, macht sich wohl kaum klar, wie sich dies praktisch vollziehen könnte und wo denn der Schiffsraum während des Krieges überhaupt herkommen sollte mit dem solche erzwungenen Rohstofflieferungen nach Deutschland gebracht werden könnten. Zur Deckung eines nur einjährigen Bedarfs an den wichtigsten und notwendigsten Rohstoffen würde eine Tonnage von 1 Million — also bei einer Durchschnittsgröße von etwa 5 000 Reg.-Ton. pro Schiff von etwa 200 vollbeladenen Seeschiffen mindestens erforderlich sein. Ganz unabhängig davon, daß eine derartige Regelung der Rohstofffrage natürlich ein völlig niedergeworfenes und zu allem bereites England voraussetzen würde! Wie will man Rohstofflieferung und U-Bootkrieg überhaupt vereinen? Die Rohstofflieferung setzt einen Friedensvertrag voraus. Friedensvertrag bedeutet aber die Aufhebung aller kriegerischen Handlungen — gleichzeitige Lieferung von Rohstoffen und Weiterbetrieb englischer Schiffe ist ein politisches Unding. Setzt man aber den Druck des U-Bootkrieges auf und gibt England wieder Zeit seine Kräfte zu sammeln und sich zu erholen, so wird es mit allen Mitteln versuchen, sein Kriegsziel trotzdem zu erreichen und das, was man ihm auf diese Weise auferzwingen hat, nachträglich wieder auf jede nur mögliche Art illusorisch zu machen.

Ein Friedensvertrag mit England hat demnach für den kommenden Wirtschaftskrieg nur dann einen Wert, wenn er uns den der Freigabe wichtiger Rohstoffe ein Pfand in die Hand gibt — wertvoll genug, daß England seine halben gezwungen ist, auf den Wirtschaftskrieg endgültig Verzicht zu leisten, uns die Rohstoffe zu liefern und damit seinem Kriegsziel zu entsagen. Nur wenige Pfänder gibt es, die für England einen derartigen Wert besitzen würden. Ich nenne eigentlich nur eines — die Kontrolle derjenigen Meerenge, durch die England heute den gesamten Schiffsverkehr Deutschlands nach dem indischen Ozean, nach Ostasien und nach den ostafrikanischen Häfen bereits beherrscht — eine Kontrolle, die es sich unter Druck aller internationalen Abmachungen angeeignet hat. Man hat während des Krieges oft damit gedroht, daß man deutschen Schiffen die Durchfahrt durch den Suez-Kanal nach dem Kriege unmöglich machen oder jedenfalls so erschweren oder verteuern würde, daß dadurch seine Schifffahrt nach dortigen Gewässern auf das Schwerste gefährdet würde. Wir tun gut, uns auch dieser Drohung wohl zu erinnern. Es mag vielleicht noch einige sonstige Pfänder geben, die uns ein Friedensschluß bringen könnte und die wertvoll genug wären. Hierüber kann allein die Kriegslage bei Friedensschluß entscheiden.

Hieraus scheinen sich zwei Möglichkeiten für den kommenden Wirtschaftskrieg zu ergeben — zwei Alternativen, denen man nicht ausweichen kann. Entweder man hält — was bei Diale nicht beurteilen kann — unsere militärische Lage für so stark, unsere Kräfte für noch so unerschöpft, daß man den Krieg fortsetzen kann, bis man ein derartiges, oder auch ähnlich wertvolles Pfand für die Durchführung des Wirtschaftsfriedens und für die notwendige Rohstofflieferung bei Friedensschluß in der Hand hat oder erzwingen kann. Mit politischen Ausfuhrlicenzen, mit der Uebertragung der Rechte, die sich die englische Regierung an die ägyptische Baumwolle auf die südafrikanische Wolle, auf die australischen Erze oder die indische Jute bereits gesichert haben will, allein ist es nicht getan. Ausfuhrlicenzen versagen völlig gegenüber einer privatwirtschaftlich bereits gebundenen Ware. Eintritt in britische kommende Lieferungsverträge setzt die Möglichkeit eines wirksamen Zwanges ohne erneute Kriegführung voraus. Denn Deutschland wird sich nicht leicht zum Beginn eines neuen Krieges entschließen, nachdem es diesen soeben beendet hat. Deshalb muß dieser Friedensvertrag, wenn er für uns dauernden Wert behalten soll, bereits die Garantien gegen einen erneuten Vertragsbruch Englands enthalten.

Derartige Garantien jeglicher Art sehen aber, wie dies in der Natur der Sache liegt und wie es das oben zitierte englische Regierungsblatt auch betont — eine völlige Niederlage Englands, und zwar sowohl zu Lande wie auf der See, voraus. Ohne eine solche zwingende Gewalt wird England auf seinen Wirtschaftskrieg niemals verzichten — wird ihn vielmehr mit doppelter Erbitterung führen, wenn ihm der militärische Sieg versagt blieb. Hieraus ergibt sich wohl zwingend für uns die zweite Alternative. Erreicht man einen derartigen militärischen Zusammenbruch Englands nicht oder hält man ihn nach der beiderseitigen Kräftelage für unerreichbar, so bleibt uns — wenn wir auf unsere Zukunft als Industriestaat und Welt handelsmacht nicht überhaupt dauernd verzichten wollen — gar kein anderer Weg, als uns von der englischen Rohstoffkontrolle dauernd unabhängig zu machen. Erst mit dieser Unabhängigkeit schlagen wir eine Bresche in den Ring, zerreißen wir die

Fessel, mit der England uns zu „erdrosseln“ beabsichtigt. Dieser Weg — ist er auch mühselig, recht langwierig und dornenvoll, so ist er doch nicht ungangbar. Er bedeutet aber eine völlige Umstellung unserer bisherigen Rohstoffmärkte, er bedeutet die Schaffung eines großen mittelafrikanischen Kolonialreiches, er bedeutet ferner den konsequenten politischen Anschluß an diejenigen kontinentalen Mächte, die mit uns dann naturgemäß die gleichen Interessen gegen die englische Rohstoffsperrung haben. Insbesondere bedeutet er einen möglichst nahen, wirtschaftlichen und deshalb auch politischen Anschluß an unsere östlichen Nachbarn, eine möglichst nahe politische Fühlung mit Japan und China. Wir haben, wenn uns Japan unsere wirtschaftlichen Verbindungen mit China, Ostasien und den Südseeinseln, die Einfuhr der von dort für uns notwendigen Produkte gewährleistet, keinerlei Interesse, die politischen Aspirationen Japans in China und in der Südsee — an denen wir doch nichts ändern können — nicht zu unterstützen. Gegenüber der angelsächsischen Gefahr, die uns unmittelbar bedroht, ist die „gelbe Gefahr“ für uns das weit geringere Uebel. Die Interessengemeinschaft der Völker Europas ist durch Englands Vorgehen gesprengt. Wir werden unsere kommende Politik lebendig nach dieser Rohstoffpolitik einrichten müssen.

Es bedeutet für uns eine Unterstützung der politischen Ansprüche Spaniens, als des erreichsten Landes Europas, das uns als Kompensation Kupfererze, Bleierze und Zinkerze genug liefern kann, um dadurch die nordamerikanische Kupfererze mit der Zeit jedenfalls ganz aus eigener Beschaffung zu schaffen, die australischen Erze zu ersetzen. Es bedeutet ein politisch nahes Verhältnis mit Mexiko, Argentinien, Bolivien und Chile, die einen jährlichen Baumwollüberschuß von 250 000 Ballen, erhebliche Rohölmengen, Wolle, Leder, Gerbstoffe, sowie wertvolle Erze uns zu liefern vermögen. Es bedeutet eine starke Förderung der türkischen Baumwollherzeugung, wo noch 3 Millionen Desjatinen des Anbaus mit Baumwolle, der leicht möglich wäre, harren, sowie eine großzügige Erschließung Mesopotamiens. Und schließlich bedeutet es die prinzipielle dauernde Unterstützung aller derjenigen Bestrebungen, die auf einen Zerfall des britischen Weltreiches hinstreben, die Förderung der Selbstständigkeitsbestrebungen in Indien, Ägypten und Südafrika — als wirksamstes Mittel, den englischen Rohstoffring dauernd zu zerbrechen. So würde eine neue Wirtschaftspolitik in Deutschland einzusetzen haben, die mit lebhaftester Konsequenz ihre Spitze überall in der Welt stets um ihrer eigenen Selbsterhaltung willen gegen den englischen Einfluß richten müßte, eine Politik, die England uns vor dem Kriege angebidelt, die uns aber gerade gefehlt hat.

Die Anaptheit des Raumes gestattet nicht, dieses Rohstoffproblem hier im einzelnen weiter auszuführen. Wäre dieses schließliche Ergebnis als Abschluß eines vierjährigen Krieges, der uns von Erfolg zu Erfolg geführt hat, auch unerfreulich und bitter genug, so wird es auf die Dauer sicher zu dem gewünschtesten Ziele — Zerkleinerung der englischen Wirtschaftsmacht — Unabhängigkeit von englischer Rohstoffzufuhr — führen. So treibt uns Englands Wirtschaftspolitik, wenn wir die politischen Konsequenzen aus ihr ziehen, da uns nur dieser Weg zu unserer Selbsterhaltung bleibt, zu einer durchaus veränderten Weltpolitik. Was für England dabei auf dem Spiele steht, liegt auf der Hand. Einer Koalition von Deutschland, Rußland, Persien, Japan, China in Ostasien gegenüber würde der Ball, den es heute noch in Indien zieht, kaum auf die Dauer gewachsen sein. Mit einem freien Handel in Indien oder Ägypten wäre die beste Bresche in Englands Erdrosselungspläne gelegt. Deshalb würde dies das unverrückbare Endziel jeder deutschen Außenpolitik sein müssen. Es fragt sich, ob England diese „ungewollten“ Folgen seiner Erdrosselungspolitik auch ebenso mit in Rechnung gezogen hat, oder ob es sich von ihnen ebenso überraschen lassen wird, wie es dieser Krieg mit allerlei ungewollten Folgen seiner kriegerischen Sperrungspolitik überrascht hat.